



**Michael Schrodi**

Mitglied des Deutschen Bundestages

## Pressemitteilung

### Nach SPD-Anfrage im Bayerischen Landtag

## Schrodi und Böck: Die Schließung des Karlsfelder Hallenbades hat auch die Bayerische Staatsregierung zu verantworten

Olching, 10.03.2023

**Michael Schrodi, MdB**

Ilzweg 1

82140 Olching

Telefon: +49 8142 501 0589

Fax: +49 8142 501 3962

michael.schrodi.wk@bundestag.de

**Berliner Büro:**

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Büro: Jakob-Kaiser-Haus

Raum: 2.421

Telefon: +49 30 227-77541

Fax: +49 30 227-70541

michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher

der SPD-Bundestagsfraktion

**Zur Schließung des Hallenbads in Karlsfeld erklären Michael Schrodi, SPD-Bundestagsabgeordneter für Dachau und Fürstenfeldbruck, und SPD-Landtagskandidat Hubert Böck:**

„Diese Schließung ist ein großer Fehler, und er ist nicht wiedergutzumachen! Über Jahre hinweg hatten SPD-Gemeinderäte vor diesem Tag gewarnt und Vorschläge gemacht, um das Hallenbad zu sanieren. Jetzt wurde das Hallenbad im wahrsten Sinne des Wortes kaputtgespart. Dabei hätte die bayerische Staatsregierung lange Zeit die Möglichkeit gehabt, tätig zu werden“, macht Schrodi klar. Vergangene Woche musste der Gemeinderat allerdings die Schließung besiegeln, weil die laufenden Kosten zusammen mit Sanierungskosten den Haushalt überstrapaziert hätten.

Um die sich anbahnende Entscheidung noch zu verhindern, hatte Schrodi jüngst einen Zuschuss von 5,15 Millionen Euro aus Bundesmitteln erwirkt, mehr als ein Drittel der vorhergesehenen Sanierungskosten. Gleichzeitig haben Markus Söder und seine Staatsregierung zusätzliche Fördermöglichkeiten ausgeschlossen und so das Ende des Karlsfelder Hallenbades besiegelt. In einer von Michael Schrodi angeregten und der SPD-Generalsekretärin Ruth Müller gestellten Anfrage im Bayerischen Landtag bestätigt die Staatsregierung das.

„Es kann nicht sein, dass die Bayerische Staatsregierung sich auf Kosten des Bundes einen schlanken Fuß macht und gleichzeitig die bayerischen Bürgerinnen und Bürger im Regen stehen lässt. Bayerische Hallenbäder müssen auch durch die Bayerische Staatsregierung finanziert werden“, ärgert sich Schrodi. „Von Söder hört man nur, wenn er wieder abstruse Klagen ankündigt, aber wo ist er, wenn man ihn wirklich braucht?“ Der Ruf nach Berlin erfolge meist dann, „wenn man kaschieren muss, dass man seine Hausaufgaben nicht gemacht hat. Das ist das Gegenteil von verantwortungsvoller, bürgernahe Politik.“



„Öffentliche Bäder erhalten – ohne Schwimmbad kein Schwimmunterricht“ – unter diesem Namen hat die Bayerische Staatsregierung 2021 über den Zustand der bayerischen Schwimmbad-Infrastruktur berichtet. Mit dem „Sonderprogramm Schwimmbadförderung SPFS“ mit einem jährlichen Volumen von 20 Millionen Euro wurde die Gemeinde Karlsfeld mit ihrem Hallenbad jedoch nicht berücksichtigt.

Zu klären ist nach Auffassung des SPD-Bundestagsabgeordneten Schrodi dabei die Rolle des örtlichen CSU-Abgeordneten Bernhard Seidenath. „Ich habe mich auf Bundesebene stark gemacht und 5,1 Millionen Euro für das Karlsfelder Hallenbad mobilisiert. Aus Bayern fließt kein Cent nach Karlsfeld. In der Antwort der Bayerischen Staatsregierung wird darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Karlsfeld nicht alle bayerischen Fördermöglichkeiten ausgeschöpft habe. Wenn das richtig ist: Wieso hat der örtliche CSU-Landtagsabgeordnete Seidenath dann hier nicht alle Möglichkeiten für Karlsfeld durchgekämpft?“

Der Dachauer Landtagskandidat Hubert Böck ergänzt: „In ihrer Antwort auf die SPD-Anfrage schiebt die Bayerische Staatsregierung jetzt den Schwarzen Peter den Kommunen zu. Das ist zynisch. Viele Städte und Gemeinden sind finanziell am Anschlag und können sich die Finanzierung so genannter Freiwilliger Leistungen wie Schwimmbäder nicht mehr leisten. Zuständig für die Kommunalfinanzen ist laut unserer Verfassung der Freistaat Bayern. Aber die Verantwortung schieben Söder und seine Minister ab: Für alles Übel dieser Welt hat nach Söderscher Verdrehung entweder die Ampel Schuld, oder die Kommunen. Welch ein unwürdiges Schauspiel auf dem Rücken der Bürgerinnen und Bürger.“

Deshalb sei es notwendig, einen größeren Anteil der Verbundsteuern, die auf den Bund, die Länder und die Kommunen aufgeteilt werden, an die Städte und Gemeinden weiterzureichen. „Wir wollen eine bessere Finanzausstattung der Kommunen. Deshalb wird die SPD in Regierungsverantwortung 15 Prozent der Einnahmen aus Einkommenssteuer, Körperschaftssteuer und Umsatzsteuer den Städten und Gemeinde überlassen, statt der bisher gut 12 Prozent“, betont Böck.